

FDP
Die Liberalen



ZÜRCHER FREISINN

Zürich	2/3/4/5/6/7/8/9/10	Tag der FDP	12/13	Vorschau Herbstsession	16	Unter Freisinnigen	22
Aus den Kantonen	11	Abstimmungen	14/15	Positionen und Standpunkte	17	Radikal	23

69. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

Inhalt

Jungfreisinnige Kanton Zürich

Die Jungfreisinnigen kämpfen gegen AV2020 – Nein zum Rentenmurks!

Seite 3

Miteinander statt gegeneinander

Ja zum Gegenvorschlag zur «Anti-Stau-Initiative».

Seite 4

Aus der Fraktion

Fraktionspräsident Thomas Vogel feiert sein zehntes Amtsjahr. Für jedes geleistete Jahr stellt ihm der politische Sekretär eine Frage.

Seite 6

FDP Frauen Kanton Zürich

Ist die Zukunft weiblich? Wir haben drei Expertinnen nach den Gründen und Gegenrezepten gefragt.

Seite 10

Dossier Bundesratswahl

Am 20. September entscheidet die Bundesversammlung, wer die Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter antritt. Die Bundesratswahl verspricht Spannung, die FDP schickt mit Ignazio Cassis, Pierre Maudet und Isabelle Moret drei starke Persönlichkeiten ins Rennen.

Seiten 20 und 21

Werkplatz Schweiz

Rahmenbedingungen stärken und Chancen nutzen

Liebe Freisinnige

Wenn man den politischen Debatten zuhört, erhält man den Eindruck, unser Werkplatz Schweiz, man kann auch sagen: unsere Wirtschaft, sei bedroht. Überall nur Risiken und Gefahren:

- Die **Digitalisierung** wird die Art und Weise, wie wir arbeiten, wie wir konsumieren, wie wir kommunizieren, ja, wie wir leben, massiv verändern. Und wir wissen nicht, wohin das führen wird und welche Tätigkeiten eine digitalisierte Welt brauchen wird. Immer wieder hört man die Befürchtung, Algorithmen würden uns die Arbeit wegnehmen.

- Wegen der **Deindustrialisierung** gehen laufend Stellen im handwerklich-technischen Bereich verloren und einst stolze Schweizer Industrieunternehmen verschwinden oder wandeln sich zu Immobilienunternehmen.

- Die **Frankenstärke** beschleunigt diesen Prozess und setzt generell alle unsere Exportunternehmen – das Rückgrat des Schweizer Wohlstands – massiv unter Druck.

- Auch der **globale Wettbewerb** bläst mit kaltem Wind den Unternehmen ins Gesicht. Stellen werden deshalb aus Effizienzgründen von der



Schweiz nach Polen, Indien oder Bangladesch verschoben.

- Und während die einen Stellen wegen der Globalisierung ins Ausland «abwandern», werden die noch in der Schweiz verbleibenden Stellen von **Zuwanderern aus aller Herren Ländern** besetzt. Das Nachsehen haben vor allem Teilzeitarbeitende, Berufseinsteiger und über 50-Jährige.

Ein ziemlich düsteres Bild, und auch nicht grundsätzlich falsch. Aber

dieses düstere Bild hat noch eine Kehrseite, und zwar eine positive:

- Die Digitalisierung hat uns unglaublichen Wohlstand gebracht. Beispielhaft hierfür das Mobiltelefon: Fotoapparat, Telefonbuch, Agenda, Briefpost, Wecker, Fahrplan, Billettomat, Check-in, Zeitung, Gamekonsole, Musikspieler, Wetterbericht, Karte, GPS, Taschenrechner und vie-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

les mehr – man könnte fast vergessen, dass es auch noch ein Telefon ist. Und das alles fast zum Nulltarif. Wer möchte das heute noch missen? Und die Digitalisierung hat nicht nur uns Konsumenten viel Positives gebracht, sondern auch uns Arbeitnehmern, denn sie hat hunderte von neuen Jobs geschaffen. Man denke nur an Google, die am Standort Zürich Jahr für Jahr wachsen, oder an Airbnb und Uber, die neue Verdienstmöglichkeiten schaffen.

- Ein Blick in die Statistik zeigt: Trotz Frankenstärke gingen die Exporte nicht zurück, die Arbeitslosigkeit ist nicht gestiegen und der Kanton Zürich hat rekordhohe Steuereinnahmen von den Unternehmen. Und das beweist: Unsere Unternehmen haben sich nicht kleinkriegen lassen, sondern wurden noch effizienter, noch erfinderischer. Die Frankenstärke ist letztendlich eben auch ein Zeichen, wie stark unsere Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Volkswirtschaften ist.

- Das Gleiche gilt auch für die Globalisierung generell: Ja, die offenen Märkte setzen unsere Unternehmen unter Druck und, ja, etliche Stellen wurden und werden ins Ausland verlegt. Aber gleichzeitig erfinden sich

unsere Unternehmen immer wieder neu, entwickeln gefragte Produkte und schaffen neue Stellen, viel mehr als sie abbauen. Gleichzeitig profitieren die Konsumenten von günstigen Produkten von überall auf der Welt. Unser Wohlstand ist massgeblich von genau diesen offenen Märkten abhängig – sowohl was unser Einkommen betrifft als auch was unseren Konsum betrifft.

- Es ist richtig, dass Unternehmen wie Google viele der neu geschaffenen Stellen mit Ausländerinnen und Ausländern besetzen. Aber nicht deshalb, weil die uns Schweizerinnen und Schweizer nicht gerne haben, sondern weil es schlicht nicht so viele hochqualifizierte Leute in der Schweiz gibt, wie sie brauchen. Und allen Unkenrufen zum Trotz profitieren wir Schweizerinnen und Schweizer davon ganz direkt: Wir haben sehr erfolgreiche Unternehmen hier, die viel Steuern bezahlen und die Vorleistungen beziehen, von denen lokale Betriebe profitieren. Und die sehr gut verdienende Mitarbeitende anstellen, die ebenfalls viel Steuern bezahlen und hier in der Schweiz konsumieren, von dem wiederum die lokale Wirtschaft profitiert.

- Die Deindustrialisierung der Schweiz ist tatsächlich eine Entwick-

lung, die keine positive Kehrseite hat; diese Stellen gehen verloren, für immer. Das kann man nicht schönreden. Die Zeit der industriellen Massenproduktion ist in der Schweiz definitiv vorbei; einzig im hochspezialisierten, sehr innovativen Bereich, können wir heute noch bestehen. Dies zeigt, dass Veränderungen auch Verlierer hervorbringen; das gilt nicht nur für die Deindustrialisierung, sondern für alle fünf genannten Entwicklungen, allerdings unterschiedlich stark. Aber wir lassen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ihre Stelle verlieren, nicht einfach als Verlierer zurück. Dank der Arbeitslosenversicherung sind sie finanziell abgesichert und haben eine Unterstützung bei der Stellensuche. Unser Bildungssystem ermöglicht Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen und öffnet ihnen so neue Perspektiven. Und dank des flexiblen Arbeitsmarkts zögern Unternehmen nicht, diese Leute wieder einzustellen. Dass dies nicht leeres Geschwätz ist, sondern auch funktioniert, zeigen die Arbeitslosen- und Beschäftigungsstatistiken.

Es bestehen also durchaus Risiken und Gefahren, diese bieten uns aber immer auch Chancen. Es ist deshalb sinnvoller, von Herausforderungen für

den Werkplatz Schweiz zu sprechen – das lässt es uns offen, was wir damit machen: Packen wir den Stier bei den Hörnern und machen wir das Beste daraus? Oder betreiben wir Vogel-Strauss-Politik und lassen uns von den Ereignissen und Veränderungen treiben?

Unsere Geschichte beweist, dass wir erfolgreich sind, dass wir mit Herausforderungen umgehen können, dass wir Chancen packen können. Wenn wir das nicht täten, würde es uns nicht so gut gehen, seit Jahrzehnten. Gleichzeitig zeigen aber die politischen Diskussionen, dass primär die Risiken und nicht die Chancen thematisiert werden.

Insofern liegt das grösste Risiko für den Werkplatz Schweiz, für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand genau darin, dass wir in den Herausforderungen nur noch Risiken sehen und uns ganz viele Chancen vergeben. Wenn man so will, sind wir unser grösstes Risiko.

Dass dieses Risiko besteht, zeigt sich nicht nur darin, dass wir Unternehmer, die mit ihrer Businessidee scheitern, als Verlierer ansehen, statt sie für ihren Mut zu loben und zum Weitermachen zu ermuntern. Nein, dieses Risiko zeigt sich auch bei Wahlen und Abstimmungen: Aus falscher Angst verschlechtern wir genau die Rahmenbedingungen und Institutionen, die uns stark gemacht haben und dank denen wir bisher alle Krisen erfolgreich gemeistert haben. Denn wir – und unser Werkplatz – brauchen auch in Zukunft einen starken, aber schlanken Staat, effiziente Infrastrukturen in Verkehr, Bildung und Gesundheit, eine moderate Steuerbelastung und tiefe Verschuldung, einen flexiblen Arbeitsmarkt und offene Märkte gegen innen und aussen, starkes und innovatives Unternehmertum, hohes gesellschaftliches Engagement und aktive, freie Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn wir an diesen Rahmenbedingungen und Institutionen festhalten und ihnen Sorge tragen, können wir auch die kommenden Herausforderungen als Chance nutzen und brauchen uns vor Risiken nicht zu fürchten.

**Liberaler Grüsse,
Hans-Jakob Boesch**

Parolen und Termine der FDP Kanton Zürich

Parolen für die kantonalen Abstimmungen vom 24. September 2017

Sozialhilfegesetz (Änderung vom 3. April 2017: Aufhebung Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene)	Ja
Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (Änderung vom 23. Januar 2017: Heimfinanzierung)	Nein
Steuergesetz (Änderung vom 24. April 2017: Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs)	Ja
Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative	Ja

Termine

- 14. September, 19.30 Uhr:**
Orts- und Bezirksparteipräsidien-Konferenz, Blue Monkey Zürich
- 29. September, 18.00 Uhr:**
Verleihung Gaht's-no-Priis und Sessionsapéro, Six Innovation-Hub F10
- 24. Oktober, 19.00 Uhr:**
Delegiertenversammlung, Glockenhof Zürich

Gesundheitswesen

Der unverzichtbare Mensch

Dr. Thomas Heiniger,
Regierungsrat

Dass sich bei der Gesundheitsversorgung alles um den Menschen dreht, ist klar. Als Patient steht er selbst, seine Gesundheit, im Zentrum und ist Existenzgrund für das gesamte System. Auch am anderen Ende der gesundheitlichen Dienstleistungen nehmen Menschen die Hauptrollen ein: als Ärzte, Apotheker, Therapeuten oder Pflegende. Daran wird der technische Fortschritt nichts ändern. Die neuen Technologien können zwar entlasten, aber nicht ersetzen. Der Mensch ist und bleibt unverzichtbar.

Daher ist der Fachkräftemangel hier ein besonders ernstzunehmendes Anliegen. Die Zukunft unseres Gesundheitswesens hängt massgeblich davon ab, ob es gelingt, genügend Gesundheitsfachpersonen mit den richtigen



Dr. Thomas Heiniger

Qualifikationen zu rekrutieren und im Beruf zu halten.

Grundvoraussetzung dafür ist, dass genügend Nachwuchs ausgebildet wird. Aus Sicht der Gesundheitsbehörden muss es gelingen, gleiche Rahmenbedingungen für alle Versorgungsbereiche zu schaffen, so dass sich alle Betriebe in der Ausbildung von Gesundheitspersonal engagieren können. Mit diesem Ziel erliess der Regierungsrat auf den 1. Januar 2013 die Ausbildungsverpflichtung für Listenspitäler und erarbeitet die Gesundheitsdirektion zurzeit eine Ausbildungsverpflichtung für die Pflege (Heime und Spitex).

Mit der Ausbildung allein ist es noch nicht getan. Grund für die Personalknappheit ist nicht nur eine gestiegene Personalnachfrage, sondern auch die geringe Berufsverweildauer. Für eine langfristige Bedarfsdeckung haben Massnahmen, um die Fachkräfte im Beruf zu halten, oberste Priorität.

Hier ist die Branche gefragt. Sie muss den mit dem gesellschaftlichen Wandel einhergehenden, neuen Bedürfnissen gerecht werden, beispielsweise durch flexible Arbeitszeitmodelle.

Nicht nur die Bedürfnisse ändern sich. Auch die Berufsprofile sind im Wandel. Die Betriebe entwickeln ihre Organisationsmodelle und Prozessabläufe ständig weiter. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Teamarbeit und Interprofessionalität.

Der Fachkräftemangel ist eine grosse Herausforderung, gleichzeitig aber auch eine Chance für den effizienteren und innovativeren Umgang mit der wichtigsten Ressource des Gesundheitswesens, dem Menschen.

Jungfreisinnige Kanton Zürich

Die Jungfreisinnigen kämpfen gegen AV2020 – Nein zum Rentenmurks!

Alain Schwald,
Kampagnenverantwortlicher
AV2020
Jungfreisinnige Kanton Zürich

Am 24. September stimmt die Schweiz über die Reform AV2020 ab. Mit ihr würden das Referenzalter 65 für Frauen, ein flexibles Pensionsalter und ein sinkender Umwandlungssatz in der 2. Säule eingeführt werden. Diese wünschenswerten Ziele sind jedoch an einen unfairen Ausbau der AHV gekoppelt, welcher grösstenteils durch die jungen Generationen getragen werden müsste. Unfair auch deshalb, weil die Jungen nebst höheren Beiträgen, nicht mehr Sicherheit bei ihrer Vorsorge erhalten. Deshalb engagieren sich die Jungfreisinnigen an vorderster Front gegen diese Vorlage.



Alain Schwald

Wie bereits bei der «AHVplus-Initiative» vor einem Jahr haben die Jung-

freisinnigen eine eigene umfangreiche Kampagne gestartet. Die Kampagne «Nein zum Rentenmurks» ist die bis dato grösste Kampagne in der Geschichte der Jungfreisinnigen. Kernelement der Kampagne sind drei Aktionstage in der ganzen Schweiz und eine Plakatkampagne. Der erste Aktionstag vom 26. August, der in Zürich, Aarau, Herisau, Liestal, Fribourg, Luzern, Cham, Wil und Schwyz stattfand, setzte mit dem Motto «wertloser Check» die Nichtfinanzierbarkeit des AHV-Ausbaus und das Nicht-Erreichen einer nachhaltigen Altersvorsorge ins Zentrum. Der zweite Aktionstag findet am 9. September in Zürich, Bern, Zofingen, Basel, Liestal, Genf, Chur, St. Gallen und Zug statt. Unter dem Motto «die Rente schmilzt weg» verteilen die Jungfreisinnigen symbo-

lisch Glace an Passanten. Damit wollen wir darauf aufmerksam machen, dass die zukünftigen Renten auch mit der Altersvorsorge 2020 nicht gesichert sind und bereits wieder davon schmelzen. Der finale Aktionstag «Nuggi» findet eine Woche vor dem Abstimmungstermin am 16. September in Winterthur, Schwyz, Zug und im Kanton Wallis statt. Das Motto dieses Aktionstages verdeutlicht, dass die Rentenreform auf dem Buckel der Jungen ausgetragen wird. Wir zählen auf Ihre Unterstützung! Solidarisieren Sie sich mit jungen und künftigen Generationen und stimmen Sie am 24. September Nein zur AV2020.

Ja zum Gegenvorschlag zur «Anti-Stau-Initiative»

Miteinander statt gegeneinander

Der Wirtschaftsmotor Zürich ist auf eine verlässliche und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen – auch in Zukunft. Sowohl den öffentlichen als auch den privaten Verkehr gilt es dort weiterzuentwickeln, wo Bedarf besteht.

Carmen Walker Späh,
Regierungsrätin,
Volkswirtschaftsdirektorin
des Kantons Zürich



Carmen Walker Späh

Am 24. September stimmen wir Zürcherinnen und Zürcher über den Gegenvorschlag zur «Anti-Stau-Initiative» ab. Damit soll der Strassenverkehr seiner Bedeutung entsprechend erstmals in der Kantonsverfassung verankert werden. Damit würde er mit dem öffentlichen Verkehr gleichgestellt: Dessen Förderung ist bereits heute in der Verfassung festgeschrieben. Die ursprüngliche und inzwischen zurückgezogene Initiative nahm aus Sicht des Zürcher Regierungsrats dieses wichtige Anliegen auf. Allerdings wies das Volksbegehren einige Mängel auf, weshalb der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrates einen Gegenvorschlag beschloss. Die Regierung unterstützt die zur Abstimmung gelangende Verfassungsänderung aus Überzeugung.

Denn die Strasse stellt mit ihren rund 7000 Kilometern im Kanton Zürich den wichtigsten Verkehrsträger dar. Mehr als zwei Drittel des gesamten Verkehrsaufkommens bewältigt der private Strassenverkehr. Bevölke-

rung, Gewerbe und Industrie sind auf ein funktionierendes Strassennetz angewiesen. Die Anliegen des MIV wurden in der Vergangenheit teilweise etwas vernachlässigt. Mit einem Ja zum Gegenvorschlag zur «Anti-Stau-Initiative» verfügen wir bei künftigen Projekten zum ersten Mal über einen klaren und verbindlichen Verfassungsauftrag, die Kapazität für den motorisierten Individualverkehr zwingend zu berücksichtigen.

Ich setze mich für eine Verkehrspolitik ein, welche sowohl den öffentlichen Verkehr als auch den Strassenverkehr fördert: für ein sinnvolles Miteinander, statt ein Ausspielen der beiden Verkehrsträger.

Denn wir, unser Gewerbe und unsere Wirtschaft brauchen beides. Leider wird dieser Fakt in der politischen Debatte oft aus parteipolitischer Ideologie ausgeblendet.

Um unsere Standortattraktivität zu erhalten, ist ein leistungsfähiges Strassennetz unabdingbar. Im Interesse der Zürcher Bevölkerung und unseres Gewerbes sowie im Hinblick auf kommende Generationen müssen wir ein leistungsfähiges Gesamtverkehrssystem mit allen Verkehrsträgern, ob im Auto oder in der Bahn, ob im Bus oder zu Fuss, erhalten. Der Gegenvorschlag zur «Anti-Stau-Initiative» leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Flüssiger Verkehr nützt allen!

Ja zur Verfassungsänderung

Abstimmung
24. September 2017
www.ja-zh.ch

Interview

Werner Scherrer, Unternehmer aus Bülach

Was hat sich nach der Wahl zum Präsidenten des kantonalen Gewerbeverbandes geändert im Tagesablauf?

Eine solch wichtige Veränderung heisst immer auch, dass alles Bisherige neu sortiert und gewertet werden muss, damit die neue Aufgabe ihren Platz bekommt. Das ist eine spannende Herausforderung, die uns allen immer mal wieder guttut. Am Tagesablauf hat sich also bei mir nicht viel geändert, aber sehr wohl am Inhalt und an der Priorisierung. Und das geht immer nur im Team, herzlichen Dank an mein Umfeld, dass ich so diese neue Aufgabe mit Schwung und Elan anpacken darf!

Wohin soll sich der KGV entwickeln? Was sind die konkreten Ziele bis 2019?

Als grösster Arbeitgeberverband des Kantons hat die Stimme unseres Verbandes Gewicht. Unsere 18 000 Mitglieder geben uns die Legitimation, uns deutlich zu äussern. Das soll so bleiben. Klar ist, dass wir bei Politikampagnen noch schlagkräftiger werden möchten. Auf der Politagenda weit oben steht dabei die Steuervorlage 2017. Mit dieser müssen die Weichen richtig gestellt werden. Ebenfalls ist es unser Ziel, neue Berufe unter unserem Verbandsdach zu vereinen. Ich denke beispielsweise an die ICT-Berufe und die Kreativwirtschaft, die bereits heute ein bedeutender Faktor unserer Wirtschaft sind und noch weiter wachsen werden. Bis 2019 wollen wir mit einem neuen Auftritt unsere Wirkung gegen aussen verstärken und noch mehr Präsenz markieren.

Was sind die Erwartungen an die FDP im Zusammenhang mit Abstimmungskampagnen im Kanton Zürich?
Die parteipolitisch starken Partner des KGV sind die SVP, die FDP und die CVP. In der unsinnigen Flut von linken Ansinnen, die den Kanton Zürich zu schwächen versuchen, ist es meines Erachtens zwingend, die Kräfte gerade in Abstimmungskampagnen zu bündeln und die bestehenden Allianzen zu stärken.



Werner Scherrer

Welches sind die Hauptprobleme der Mitglieder des KGV, welche von der Politik gelöst werden sollten?

Die Herausforderungen sind ähnliche wie die, die vor über 160 Jahren zur Gründung des KGV geführt haben. Wir setzen uns ein, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für KMU sich verbessern oder wenigstens nicht verschlechtern. Verschiedene linke Initiativen müssen sicher auch in Zukunft pariert werden. Auch ist es für uns wichtig, dass der Wirtschaftsplatz Zürich konkurrenzfähig bleibt. Einerseits gegenüber dem Ausland, andererseits aber auch gegenüber den anderen Kantonen. Die Steuerreform 2017 (als Nachfolgevorlage der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III) muss schnellstmöglich aufgeleitet werden. Aber auch Investitionen in die Strasseninfrastruktur müssen schnellstmöglich realisiert werden. Unsere florierende Wirtschaft ist nicht gottgegeben. Dafür müssen wir hart kämpfen und

die Weichen immer wieder aufs Neue richtigstellen. Unsere Botschaft an die Politik ist einfach: Ohne Wirtschaft ist alles nichts. Wir brauchen Eure Unterstützung!

Welches sind aus Sicht der KMU die wichtigsten Argumente gegen die AV2020?

Für die KMU-Wirtschaft ist die Vorlage ein einziger Kostentreiber. Ab sofort steigen die Lohnbeiträge um 0,3 Prozent an. Bereits 2030 würden die Lohnkosten nochmals um diesen Schritt erhöht. Alleine im BVG-Obligatorium müssen die Pensionskassenbeiträge um 1,6 Milliarden Franken erhöht werden. Und auch die Mehrwertsteuer steigt. Anstatt per Ende 2018 weniger Mehrwertsteuer zahlen zu müssen, wird diese kurzfristig um 0,3 Prozent erhöht. Spätestens 2025 wird dann voraussichtlich nochmals ein ganzes zusätzliches MwSt.-Prozent nötig sein. Das verteuert die

Arbeit und unsere Produkte, was in Zeiten des starken Frankens, internationalem Wettbewerb und Einkaufstourismus pures Gift ist.

Welche Bedeutung hat der Flughafen Kloten für die KMU im Kanton Zürich?

Die stark exportorientierte Volkswirtschaft der Schweiz und die international ausgerichteten Unternehmen des Kantons Zürich sind auf hervorragende innereuropäische Flugverbindungen, aber auch Interkontinentalverbindungen angewiesen. Letztlich ist der Flughafen ein wichtiger Standortfaktor unter vielen anderen wie beispielsweise ein starkes Bildungssystem oder die Attraktivität des Kantons Zürich als Wohn- und Arbeitsplatz. Das Gesamtpaket Zürich muss für Firmen interessant sein. Ist dies der Fall, profitieren dadurch alle unsere KMU.

Was hat Sie bewogen, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen?

Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind im Kerngeschäft schon intensiv gefordert, dass «der Charre» läuft, dass genug Aufträge da sind und die Arbeitsplätze gesichert sind. Es bleibt vor Ort nur sehr wenig Zeit, sich um die Rahmenbedingungen zu kümmern. Aber diese Arbeit müssen wir zwingend selber erledigen, sie ist nicht an Parteien oder andere Verbände delegierbar. Wir müssen mit allen diesen Partnern ein gutes Einvernehmen haben, unsere Position im Gespräch klar definieren und auch immer wieder aufzeigen, wie man die Wirtschaft stärken kann.

Das ist eine Aufgabe, die mich ausserordentlich reizt. Ich werde deshalb die Anliegen der KMU laut, deutlich und mit Herzblut einbringen und freue mich auf die gute Zusammenarbeit mit der FDP!

Werner Scherrer, Unternehmer aus Bülach (Messerschmied), Alt-Gemeinde- und Stadtrat von Bülach, bis 2015 FDP-Kantonsrat; seit Frühsommer 2017 Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes.

Aus der Fraktion

Zehn Jahre – zehn Fragen – eine Person

Fraktionspräsident Thomas Vogel feiert sein zehntes Amtsjahr. Für jedes geleistete Jahr stellt ihm der politische Sekretär eine Frage.

Herr Fraktionspräsident, seit nunmehr zehn Jahren üben Sie das Amt des Fraktionspräsidenten aus. Werfen Sie einen Blick zurück, mit welchem Gefühl haben Sie vor zehn Jahren dieses Amt übernommen?

Wenn man ein solches Amt übernimmt, dann tut man dies mit Respekt. Man spürt Druck, weil man weiss, dass man an den Leistungen der Fraktion gemessen wird. Man möchte also unbedingt erfolgreich sein. Die Situation der FDP war damals eine schwierige – genau das hat mich indessen angespornt. Auch, weil ich sicher war, mit dem damaligen neuen Parteipräsidenten Beat Walti gut zusammenarbeiten zu können – was für dessen Nachfolger Hans-Jakob Boesch im Übrigen genauso gilt. Auch, dass man vom Fraktionsvizepräsidium gut unterstützt wird – was bei mir zuerst mit Regine Sauter, dann mit Peter Vollenweider stets der Fall war.

Inwiefern hat sich Ihre Arbeit denn gelohnt?

Auf die Gefahr hin, nun «pro domo» zu reden: Ich glaube, die Fraktion ist in einem ausgezeichneten Zustand. Das hängt primär natürlich damit zusammen, dass wir extrem gute Leute haben. Die Fraktion ist kollegial und einheitlich.

Dass die FDP-Fraktion punkto Abstimmungsverhalten die geschlossenste Fraktion im Rat ist, ist keine Selbstverständlichkeit und war in der Vergangenheit lange nicht so. Das freut mich sehr, weil wir so unsere Schlagkraft voll ausnützen als «Speerspitze» der Partei, indem sich jeder dann und wann etwas zurücknimmt. Und natürlich hat der enorme Wahlerfolg im Jahr 2015 mit 8 Sitzgewinnen gezeigt, dass wir bereit und gut aufgestellt waren.

Wie muss ich mir die Arbeit des Fraktionspräsidenten mit seiner



Thomas Vogel

Fraktion vorstellen – wie die eines Fussballtrainers?

Ja, das ist wohl nicht völlig abwegig (lacht). Wenn's auch Gott sei Dank nicht ganz so ein Schleudersitz ist. Aber motivieren, überzeugen, vermitteln und priorisieren zu können, einen blauen Faden erkennbar zu machen, hat sicher zentrale Bedeutung. Ebenso auch der Austausch mit dem Parteipräsidenten und den eigenen Regierungsräten. Ich bin lediglich «Primus inter Pares», Erster unter Gleichen, und von der Fraktion gewählt. Von oben herab Anweisungen erteilen, funktioniert nicht. Bei Freisinnigen ganz besonders nicht. Unsere Fraktionssitzungen sind deshalb keine Be-

fehlsausgaben, sondern vielmehr Diskussionsrunden. Und alle, die möchten, kommen zu Wort. Das ist mir sehr wichtig und die Voraussetzung dafür, auch Entscheide loyal mitzutragen, bei denen man fraktionsintern in der Minderheit war.

Sie sagen, Sie seien der «Primus inter Pares», trotzdem üben Sie eine stille Macht aus. Sie entscheiden bei Personalfragen, vergeben wichtige Kommissionsposten, bestimmen weitgehend das Programm mit oder vermitteln unter den Parteien – sind die Aufgaben des Fraktionspräsidenten in den letzten Jahren wichtiger geworden?

Die Aufgabe war immer schon wichtig. Neu ist, dass im Kantonsrat zehn Fraktionen vertreten sind. Es gibt also wesentlich mehr Gespräche mit den Fraktionsspitzen der anderen zu führen als früher. Und: Den klassischen «Bürgerblock» gibt es nicht mehr. Heute ist die Zusammenarbeit situativ, wobei ich einen entspannten Umgang pflege zu allen Fraktionen. Dabei hilft die langjährige Einsitznahme in der Geschäftsleitung des Kantonsrates. Wichtig ist, dass wir uns in der Fraktion unsere Meinung bilden und dann auf die Suche nach Partnern gehen. Nicht umgekehrt. Natürlich sind in zentralen Fragen wie Finanzen, Steuern, Infrastruktur nach wie vor die SVP und die CVP unsere verlässlichsten Partner. Aber es gibt zu beiden auch regelmässig fundamentale Unterschiede, so dass von Fall zu Fall auch andere Partnerschaften möglich sind.

Wie steht Ihre Fraktion heute im Vergleich zu anderen Parteien da und wie äussert sich das?

Unsere Geschlossenheit habe ich bereits erwähnt. Im Rat und v. a. in der Kommissionsarbeit stelle ich immer wieder fest, dass es die Freisinnigen sind, die entscheidende Ideen und Impulse für Lösungen liefern. Ich glaube, wir agieren relativ frei von Ideologien und sind sachorientiert. Aber, natürlich, der liberale Kompass ist stets gerichtet.

Vor einem guten Monat hat die FDP ihre positive Halbzeitbilanz präsentiert. Trotzdem – auf den Lorbeeren ausruhen, liegt nicht drin. Wo muss die FDP Fraktion künftig noch stärker anpacken?

Abgesehen von anstehenden grossen Themen wie dem Umgang mit dem Bevölkerungswachstum, der Raumplanung, dem Verkehr oder der Digi-

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

talisierung, ist es seit Jahren dieselbe Herausforderung: Wie tragen wir nach aussen, dass wir konstruktiv und erfolgreich sind? Wie vermeiden wir, dass in der öffentlichen Wahrnehmung lösungsorientierte Sachpolitik im Klaukau und der teilweisen Hysterie, wie sie andere verbreiten, untergeht. Unter anderem dadurch, dass wir versuchen, alle öffentlichen Kanäle selbst zu bespielen, also auch Twitter und Facebook, dass die Homepage regelmässig Infos enthält und wir die Plattform des «Zürcher Freisinns» nutzen – wie jetzt gerade (lacht).

Mit welchem Gefühl sehen Sie den kommenden Wahlen entgegen?

Ich habe ein sehr gutes Gefühl. Ich rechne nicht mit einem solchen Erdbeben wie bei den Wahlen 2015.

Aber wir sind immer noch auf dem aufsteigenden Ast. Wir haben Themen und Köpfe, wir sind auf allen Ebenen – FDP Schweiz, FDP Kanton Zürich und in den Ortsparteien – gerüstet. Das war nicht immer so. Wir werden kämpfen, auf die Strasse gehen und unsere Erfolge und Ziele nach aussen tragen.

Wenn man sich umhört, bekommt man eigentlich nur positive Stimmen über Sie zu hören. Ist das taktisches Kalkül oder sind Sie einfach ein geselliger und unkomplizierter Typ?

Es entspricht meinem Naturell, mit Leuten grundsätzlich auszukommen. Führung muss auch situationsgerecht erfolgen. In der Politik funktioniert der Kasernenton nicht – alle betreiben Politik freiwillig als Freizeitbeschäftigung und sind schnell weg, wenn man den Ton verfehlt. Führungspersonlichkeiten, die rumbrüllen und zusammenstauchen, sind in meinen Augen schlicht überfordert. Es gibt subtilere Wege – ohne gleich harmonie-süchtig zu sein.

Thomas Vogel gibt es auch privat.

Was tun Sie, um den politischen Alltag mal ablegen zu können?

Nun gut, primär habe ich ja einen Beruf, der meinen Alltag prägt. Ausserhalb von Beruf und Politik findet aber ein reges Sozialleben statt. Meine Frau und ich besuchen sehr gerne Konzerte – wir sind grosse Jazz-Fans. Familie, Freunde, vier Göttinger haben einen hohen Stellenwert. Ich lese viel und spiele gern auf meinem E-Piano – gesungen wird dazu allerdings nur zuhause (lacht). Und natürlich sind da meine beiden Stiftungsräte (Kinderspital und Zürcher Rehasentren – Anm. der Red.), der ACS, diverse Ver-

eine und die Zunft zum Weggen, die meine Freizeit prägen.

Wo sehen Sie sich und die FDP in fünf Jahren?

Ich bin mir sicher, dass die FDP auch in fünf Jahren die sachorientierte, konstruktive, liberale, bürgerliche Partei sein wird, welche das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu Recht gewinnt. Und ich hoffe, dass ich selbst dann meine Leidenschaft Politik noch immer betreiben darf.

Besten Dank für das Interview Herr Fraktionspräsident. Eine elfte Frage hätte ich noch, sozusagen fürs kommende Amtsjahr – wo ist Thomas Vogel auch mal unpolitisch?

Beim leidenschaftlichen Schauen von Formel-1-Rennen – live oder am TV. Da vergesse ich insbesondere jede «political correctness» (lacht laut).

Volksabstimmung vom 24. September 2017

Ja zur Verankerung des motorisierten Individualverkehrs in der Verfassung

Bevölkerung und Gewerbe im Kanton Zürich benötigen ein leistungsfähiges Gesamtverkehrsnetz mit einer effizienten ÖV- und Strassen-Infrastruktur. Der motorisierte Individual- und der öffentliche Verkehr gehören heute deshalb gleichwertig in der Verfassung verankert. Wir unterstützen den von Kantons- und Regierungsrat ausgearbeiteten Vorschlag und sagen JA zur Verfassungsänderung.

Die ehemaligen Mitglieder aus CVP, EDU, FDP und SVP des Verfassungsrates Kanton Zürich:

Christian Bretscher, Zürich, Andreas Frei, Ellikon an der Thur, Barbara Gautschi-Rein, Aeugst a. Albis, Ernst Hauser, Turbenthal, Robert Henauer, Thalwil, Romana Heuberger, Winterthur, Dieter Hierholzer, Dietlikon, Ulrich K. Isler, Winterthur, Marco Jagmetti, Zürich, Andreas Künzli, Basersdorf, Bernhard Lauper, Meilen, Nicole Poell, Zumikon, Peter Rubin, Dinhard, Gregor Rutz, Zollikon, Carole Schmied-Syz, Erlenbach, Hermann Weigold, Winterthur, Erich Wipf, Marthalen, Thomas Anwander, Winterthur, Theodor Siegrist, Winterthur, Peter Marti, Winterthur, Bruno Suter, Au-Wädenswil, Reinhold Schätzle, Esslingen

Massnahmen gegen den Fachkräftemangel

Michael Baumer, Gemeinderat und Stadtratskandidat

Chancen nutzen, statt Gefahren sehen. Auch beim Arbeitsmarkt im technologischen Umbruch: Die fortschreitende Digitalisierung ist ein eigentlicher Job-Motor. Die Schweiz ist auf gut ausgebildete Informatikerinnen und Informatiker sowie Spezialistinnen und Spezialisten, die mit den neuen Technologien umgehen können, angewiesen, um mit der rasanten Entwicklung in den verschiedenen Bereichen – etwa Medizin, Energie und Mobilität – oder auch im Umgang mit Daten Schritt zu halten.

Eine aktuelle Studie des Verbands ICT-Berufsbildung (2016) prognostiziert bis ins Jahr 2024 einen Mangel an 25 000 Fachkräften. Gerade Zürich als Digital-Hub der Schweiz wird diesen Mangel spüren. Schnell ertönt da-



Michael Baumer

her der Ruf nach hoch qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland, Stichwort Drittstaaten-Kontingente.

Aus meiner Sicht genügt dies nicht. Zürich hätte eigentlich hervorragende

Voraussetzungen. Mit ETH und Universität stehen weltweit führende Ausbildungsstätten in unserer Stadt. Und die Bevölkerung nutzt die neuen Technologien schon heute intensiv.

Nutzen wir daher die Möglichkeiten, die wir haben:

1. Das Interesse an einem Beruf beginnt in der Grundschule. Bereits in jungem Alter muss unsere Zürcher Jugend auch für digitale Berufsbilder begeistert werden, ICT ist spielerisch genug.

2. Die Integration von Mitarbeitenden über 50 durch die Unternehmen selber ist zentral. Über Jahre aufgebautes Wissen, angereichert durch Weiterbildungen, ist Gold wert für ein Unternehmen mit einem Fachkräftemangel.

3. Nutzen unserer Ausbildungsinstitute: Ausländische Absolventen der ETH in Bereichen mit Fachkräftemangel sollten einfach und unbürokratisch

in der Schweiz bleiben können. Entsprechende Vorstösse haben Ständerat Ruedi Noser und Nationalrat Marcel Dobler in Bern bereits eingereicht.

Wir müssen mit solchen Massnahmen die Attraktivität des Zürcher Forschungs- und Innovationsstandorts weiter fördern. Aus- und Weiterbildung liegen in unseren Händen und nicht in den Händen der nationalen Politik. Hier können wir anpacken. In diesem Sinne setze ich mich als Unternehmer ein. Auch mit Blick darauf, wie ich selbst vor Jahren mein eigenes IT-Start-up in Zürich gründete und jetzt im Wahlkampf für die Stadtratswahlen 2018 und nachher als Stadtrat.

Bildungszentrum vor allem auch dank der FDP

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

In den kommenden Jahren werden mehr Berufsleute den Arbeitsmarkt verlassen als neu dazustossen werden. Zusammen mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die für die Unternehmen ab 2018 für bestimmte Berufsgruppen ein bürokratisches Meldesystem mit hinderlichen Karenzfristen zur Folge haben wird, dürfte sich der Fachkräftemangel noch verschärfen. Dank guter Standortpolitik ist Winterthur auf diese Herausforderung vorbereitet.

Winterthur hat sich in den letzten 30 Jahren fundamental von der Industriestadt zur Dienstleistungs- und Bildungsstadt gewandelt. Zwar hat die Industrie nach wie vor eine wichtige Bedeutung, doch ist die Stadt vor allem zum attraktiven Bildungs- und



Dieter Kläy

Kulturzentrum gewachsen. Gegen 10 000 studieren an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW). Die drei Kantonsschulen Bülrain, im Lee und Rychenberg de-

cken das ganze Angebot an gymnasialer Ausbildung ab. Ausserordentlich breit sind die Möglichkeiten in der Berufsbildung und im Gesundheitsbereich, aber auch in der musikalischen Bildung. Von der KV-Ausbildung über die technischen Lehrgänge an der Metallarbeiterschule bis hin zum Detailhandel, Bau, zur Automobiltechnik etc. ist fast alles vertreten, inklusive der Möglichkeit einer Berufsmatura. Als nationales Kompetenzzentrum für verschiedene Berufe gilt zudem die STF – Schweizerische Technische Fachschule. Erfolgreich in der Ausbildung von Lernenden in technischen Berufen ist auch das azw – Ausbildungszentrum Winterthur.

Die FDP hat viel zur Entwicklung Winterthurs als Bildungs- und Kulturstadt beigetragen, sei das im Rahmen der Gründung der ZHAW, der Entwicklung der Metallarbeiterschule

u. a. m. Vor allem hat die FDP die jeweiligen Infrastrukturprojekte massgeblich unterstützt, jüngst das Anton-Graff-Haus, der Neubau der KS Bülrain u. a. m. Exponentinnen und Exponenten der Partei engagieren sich in Schulkommissionen oder Stiftungsräten für einen florierenden Bildungsstandort Winterthur. Mit Blick auf die kommenden Gemeindewahlen will die FDP Winterthur Stadt und Region Winterthur als Bildungsstandort weiter stärken und so zur Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels einen konkreten Beitrag leisten.

FDP Oetwil an der Limmat

Wechsel der Rechnungslegung auf HRM2

Paul Studer, Gemeindepräsident

2014: Entscheid Einführung HRM2

Projektvereinbarung zwischen Oetwil an der Limmat und der Direktion der Justiz und des Innern.

2015: Vorbereitungsarbeiten

Ein wichtiger und aufwändiger Schritt war die Neubewertung des Verwaltungsvermögens. Als Grundlage dienten die Jahresrechnungen der Jahre 1986 bis heute. Zeitgleiche Anpassung des Kontenrahmens und Umschlüsselung des laufenden Budgets 2015 auf das neue Rechnungsmodell. Damit war die Basis geschaffen, um das Budget 2016 nach HRM2 zu definieren. So konnte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit dem zu genehmigenden Budget 2016 wenigstens ein Budgetvergleich zum laufenden Rechnungsjahr präsentiert werden.



Paul Studer

Neu wird der Finanzierung des Budgets mehr Transparenz geschenkt, indem nach Steuerhaushalt und gebührenfinanzierten Eigenwirtschaftsbetrieben klarer unterschieden wird.

Im Budget soll mit dem Haushaltsgleichgewicht nachgewiesen werden, dass ein genügend hoher Anteil der Steuereinnahmen für Werterhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen vorgesehen ist und nicht zu Gunsten eines tiefen Steuerfusses Investitionen vernachlässigt werden.

Die Bilanz erfuhr nicht nur durch die Neubewertung werthaltige Anpassungen, es wurden auch erhebliche Umgliederungen nötig, so sind z. B. die Bilanzpositionen «Verrechnungen» und «Spezialfinanzierungen» nicht mehr eigenständig zwischen dem Fremd- und Eigenkapital angeordnet. In einem der Gemeindeversammlung zur Kenntnis gebrachten Bilanzanpassungsbericht wurden die Überleitungen vom HRM1 ins HRM2 detailliert dargestellt.

Zum Produktivstart des neuen Rechnungsmodells mussten alle Nebenbü-

cher wie Lohnbuchhaltung, Debitoren, Steuern, Gebühren usw. angepasst werden. Zeitgleich musste auch die Einführung der Anlagebuchhaltung mit der Implementierung der Anlagen aus der Neubewertung des Verwaltungsvermögens sichergestellt sein.

2016: Produktivstart HRM2

Alle Abteilungen kontieren nach dem neuen Kontenplan; die Aktivierungsgrenze bei Investitionen ins Verwaltungsvermögen ist einzuhalten. Daneben waren noch weitere Neuerungen zu berücksichtigen.

2017: Rechnungslegung nach HRM2

Anpassung der Berichterstattung, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung, das Haushaltsgleichgewicht, die Geldflussrechnung und die Kennzahlen.

FDP Stammheim

Für einmal hiess es: «Meh grünen für Züri»

**Patrick Eugster, Vorstand
FDP Bezirk Andelfingen,
Gemeinderat Waltalingen**

Mitte Mai lud Kantonsrat Martin Farner zum alljährlichen Spargelessen in die zweifelsohne schönste Region des Kantons: das Stammertal. Beim inzwischen längst traditionellen Anlass wurden die (Alt-) Kantons- und Alt-Regierungsräte von Fritz Wehrli, Besitzer des Hirschen-Ensembles, begrüsst.

Mit viel Engagement und Leidenschaft führte der Patron durch die frisch renovierten Gebäude des «Hirschen». In den denkmalgeschützten Gebäuden lebt auch der Gemeinsinn: Neben einem siebenstelligen Beitrag vom Eigentümer selber



Fritz Wehrli

BILD: MARION NITSCH

konnte mit weiteren über 150 Einzel- und Firmenspenden die millionenschwere Renovation getätigt werden.

Dass sich der Einsatz gelohnt hat, wird einem auf der Besichtigung eindrücklich bewusst. Sei es in den neu renovierten Gästezimmern, im Seminarraum, der Hirschenbühne oder im Gasthof: der Charme des ehemaligen Bauernhauses ist überall spür- und erkennbar.

Ein Erlebnis, das sich mit Text und Fotos nur schwer beschreiben lässt. Warum also nicht demnächst ein Wochenende im nordöstlichsten Zipfel des Kantons Zürich planen? Eine unberührte Landschaft, malerische Dorfkerne und Stammer Grünspargeln warten darauf, entdeckt zu werden.

Ist die Zukunft weiblich?

Wenn der Schweizer Wirtschaft die Fachkräfte ausgehen, braucht es künftig umso mehr gut ausgebildete Frauen. Allzu häufig kehren diese nach der Babypause nicht ins Erwerbsleben zurück oder entscheiden sich gegen eine Karriere. Wir haben drei Expertinnen nach den Gründen und Gegenrezepten gefragt.



Sandra Volken Buscemi, 46, ist Personalberaterin / Inhaberin bei Volken Consulting GmbH. Sie ist verheiratet und Mutter einer Tochter (8).



Prof. Gudrun Sander, 53, ist Professorin für Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen. Sie ist verheiratet und Mutter von drei Kindern (24, 19 und 17).



Franziska Stadelmann, 53, ist Leiterin Personal- und Organisationsentwicklung bei einem Finanzdienstleister in Zürich. Sie ist verheiratet und Mutter einer Tochter (23).

Pia Guggenbühl, Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

Was sind die grössten Hindernisse für mehr Frauen im Erwerbsleben und was kann die Politik tun?

Gudrun Sander: Wir haben immer noch zu wenig, zu teure und von der Qualität her nicht immer überzeugende Kinderbetreuungsangebote. Von der Politik wäre zu erwarten, dass sie endlich die steuerliche Bestrafung von Doppelverdienern abschafft und zur Individualbesteuerung wechselt.

Sandra Volken: Ausreichend und bezahlbare Kinderbetreuung finde ich ebenfalls das Wichtigste. Es soll sich für die Familie lohnen, dass beide arbeiten und der zweite Lohn darf nicht komplett an die Krippenkosten gehen. Auch braucht es zeitlich flexible Betreuungszeiten.

Franziska Stadelmann: Ich sehe das ähnlich wie die Kolleginnen. Jedoch beobachte ich in den Städten ein grösseres Angebot – es gibt wohl ein gewisses Gefälle zwischen Stadt und Land.

Was müssen Unternehmen ändern, damit Frauen nach einer Babypause im Erwerbsleben bleiben?

Sander: Lebensphasenorientiertes Arbeiten muss möglich sein. Vätern wie Müttern sollen Möglichkeiten zur Pensumsreduktion geboten werden und sie sollten weiter angemessene Entwicklungsmöglichkeiten haben. Die Karrieren sollten flexibler werden.

Stadelmann: Wir haben teils falsche Vorstellungen von Karriere als «Weg nach oben» – diese kann auch lateral stattfinden. Ebenso müssen sich die Frauen getrauen, mehr einzufordern. Ich beobachte häufig, dass wir Frauen zu zurückhaltend sind, z. B. bei Lohnforderungen.

Volken: Viele, aber noch nicht genügend Unternehmen ermöglichen Teilzeitarbeit. Ich habe in den letzten 13 Jahren wahrscheinlich keine 10 Teilzeitstellen mit einem Beschäftigungsverhältnis von unter 80 Prozent vermittelt. Das finde ich persönlich tragisch.

Stadelmann: Die Wirtschaft ist noch immer zu sehr auf Präsenzzeit ausgerichtet, auch wenn flexible

Arbeitsmodelle langsam kommen. Führungskräfte brauchen für den Wechsel aber auch Mut. Und Durchhaltewillen, nicht gleich aufzugeben, wenn es nicht sofort klappt.

Die FDP fordert Betreuungsgutscheine für Tagesschulen, sodass Eltern, die über Mittag nicht heimkehren können, ihre Kinder doch betreut wissen. Was halten Sie davon?

Stadelmann: Letztlich ist dies eine private Entscheidung. Eine pauschale Entschädigung finde ich den falschen Weg. Diejenigen, welche sie benötigen oder wünschen, sollten jedoch solche Gutscheine beziehen können.

Frauenquoten können neue Probleme schaffen (z. B. Akzeptanz der Frauen in Führungspositionen). Was sagen Sie zu Quoten?

Sander: Quoten bringen eine rasche Veränderung und «seeing is believing». Studien zeigen, dass wenn mehr Vorbilder vorhanden sind, sich etwas verändert. Quoten bringen auch höhere Zahlen von Frauen in Führungspositionen, sodass die heute sehr wenigen

nicht so exponiert sind. Nicht jede Führungsfrau ist perfekt, genauso wenig wie jeder Führungsmann perfekt ist. So fällt das Scheitern einer einzelnen Führungsfrau weniger stark ins Gewicht.

Volken: Ich halte absolut nichts von Quoten. Die transparente Besetzung eines Postens ist meines Erachtens das richtige Vorgehen – die richtige Person am richtigen Ort zur richtigen Zeit. Egal ob Mann oder Frau.

Stadelmann: Ich bin gegen Quoten, aber für Zielvorgaben. Wenn ich mit einer Quote den 30-Prozent-Frauenanteil schnell und schmerzfrei erreiche, ist das zwar der bequemere Weg als die Zielvorgabe, wirkt jedoch nicht nachhaltig. Die Zielvorgabe kann in die Unternehmensentwicklung einbezogen werden, statt einfach zwei bis drei weibliche GL- oder VL-Mitglieder extern «einzukaufen». Aber zu 100 Prozent einverstanden mit Gudrun Sander – Vorbilder sind absolut entscheidend!

Dies ist eine gekürzte Version, das vollständige Interview lesen Sie unter: www.fdp-frauen-zh.ch